



SACHSEN-ANHALT

Landesprogramm

für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit

in Sachsen-Anhalt



WIRSIND DAS LAND

**DEMOKRATIE, VIELFALT, WELTOFFENHEIT,
IN SACHSEN-ANHALT**

INHALT

PRÄAMBEL	2
1. AKTIVE BÜRGERGESELLSCHAFT – LEBENDIGE DEMOKRATIE GESTALTEN.....	7
2. BILDUNG FÜR EINE DEMOKRATISCHE GESELLSCHAFT	12
3. KULTURELLE VIELFALT: MIGRATION, INTEGRATION UND INTERNATIONALISIERUNG	18
4. MEDIENKOMPETENZ FÜR EINE DIGITALE ZIVILGESELLSCHAFT	20
5. JUGENDARBEIT FÜR EINE DEMOKRATISCHE ZUKUNFT	24
6. VIELFALT IN DER ARBEITS- UND UNTERNEHMENSWELT	26
7. DIALOG, QUALITÄTSSICHERUNG UND VERNETZUNG	29
GEMEINSAM FÜR EIN WELTOFFENES SACHSEN-ANHALT	31

1 **Präambel**

2 In den Jahren vor 1989 haben die Bürgerinnen und Bürger Sachsen-Anhalts fehlende
3 Demokratie, Unfreiheit und Fremd- statt Mitbestimmung am eigenen Leib erfahren. Viele
4 Menschen haben für eine pluralistische, demokratische Gesellschaft gestritten, die die
5 individuelle Menschenwürde achten und demokratische Mitbestimmung ermöglichen soll.

6 Mit dem Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit hat sich die
7 Landesregierung zu der Aufgabe bekannt, an diese Erfahrungen anzuknüpfen und die
8 demokratische Kultur sowie die aktive Zivilgesellschaft in unserem Bundesland zu stärken.
9 Mit dem Landesprogramm ist es gelungen, staatliche und zivilgesellschaftliche Maßnahmen
10 im Sinne einer demokratischen Alltagskultur zusammenzuführen. Vielfältige Bildungs- und
11 Beratungsangebote haben dazu beigetragen, Menschen in ihrem Engagement zu ermutigen
12 und ihre aktive Mitwirkung zu stärken. Daran möchte das Landesprogramm weiter
13 anknüpfen.

14 Mit dem weiterentwickelten Landesprogramm bekennt sich Sachsen-Anhalt zu den in der
15 Landesverfassung verbrieften unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als
16 Grundlage einer solidarischen Gesellschaft. Die Stärkung von Demokratie, Pluralismus,
17 Weltoffenheit und die Prävention von Extremismus – insbesondere Rechtsextremismus –,
18 Rassismus und allen Formen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sind integrale,
19 ressortübergreifende Bestandteile der Regierungsarbeit in Sachsen-Anhalt. Unsere
20 Demokratie lebt vom gegenseitigen Respekt, der Unantastbarkeit der individuellen
21 Menschenwürde und der Wertschätzung gesellschaftlicher Vielfalt. Um diesen Anspruch
22 fortwährend zu erfüllen, sucht die Landesregierung die Zusammenarbeit mit der
23 Zivilgesellschaft, der Wirtschaft und den Kommunen.

24 **Gefährdungen der demokratischen Kultur**

25 Aus dem Sachsen-Anhalt-Monitor wissen wir: Fast alle Bürgerinnen und Bürger in Sachsen-
26 Anhalt befürworten die Idee der Demokratie. Gleichzeitig sind viele mit dem tatsächlichen
27 Funktionieren demokratischer Prozesse unzufrieden. Hier ist eine Entfremdung vom
28 demokratischen politischen System, den demokratischen Parteien und den Institutionen
29 zu beobachten, aus der die Gefahr einer Delegitimierung der Demokratie erwächst.

30 Im Zuge der Friedlichen Revolution sind Erwartungen an die freiheitliche demokratische
31 Grundordnung entstanden, die die Politik nicht vollständig erfüllen kann. Die Erfahrungen mit
32 gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und nicht zuletzt biografischen Umbrüchen in der
33 Nachwendezeit, soziale Ungleichheit und die als Gefahr wahrgenommene Globalisierung

34 verstärken bei vielen Menschen die Entfremdung vom demokratischen System, von den
35 demokratischen Parteien und von Politikerinnen und Politikern.

36 Die letzten Jahre wurden deutlich geprägt von der Aufnahme und Unterbringung von
37 Geflüchteten. Dies stellte für unser Land eine Herausforderung dar und es ist festzustellen,
38 dass sie gelungen ist. Daran mitgewirkt haben viele Bedienstete des Landes und der
39 Kommunen, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Hilfsorganisationen und noch mehr
40 ehrenamtlich engagierte Bürgerinnen und Bürger. Ein großer Teil der Bevölkerung heißt
41 Schutzsuchende willkommen und engagiert sich vor Ort für Integration. Daneben gab es
42 aber auch Besorgnis erregende Stimmungen und Verhaltensweisen. Auch in Sachsen-
43 Anhalt finden vorhandene Ressentiments ihren Niederschlag nicht nur in Sorge und Skepsis
44 einer lauten Minderheit, sondern auch in Rassismus und gewalttätigen Übergriffen gegen
45 Migrantinnen und Migranten. Die fremdenfeindliche, rassistische und menschenverachtende
46 Agitation im Land hat zugenommen.

47 Die kontrovers geführten Debatten um die Aufnahme von Schutzsuchenden verschafften
48 rechtsextremistischen und rechtspopulistischen Gruppierungen und ihren ideologischen
49 Diskursen Aufmerksamkeit. Gezielt instrumentalisierten Rechtsextremisten Debatten und
50 Diskurse für ihre Zwecke und zur „Stimmungsmache“ und trugen so zu einem fremden- und
51 integrationsfeindlichen Klima in Teilen der Bevölkerung bei. Themen und Begriffe, die bis vor
52 einigen Jahren eindeutig dem Spektrum der extremen Rechten zuzuschreiben waren, fanden
53 Eingang in die öffentliche Diskussion. Die hier geäußerten Ungleichwertigkeitsvorstellungen
54 und kollektiven Abwertungen stehen im Gegensatz zu einem weltoffenen Sachsen-Anhalt.

55 Die hier beschriebene Zuspitzung findet ihren Niederschlag nicht nur in der Verschiebung
56 öffentlicher Diskurse und der Zunahme rassistischer Kundgebungen, sondern auch in einer
57 enorm gestiegenen Zahl an rechts motivierten Straf- und Gewalttaten gegen Migrantinnen
58 und Migranten, Politikerinnen und Politiker sowie gegen Menschen, die sich für eine
59 weltoffene Gesellschaft engagieren.

60 In allen Spektren des Rechtsextremismus, in Parteien und Organisationen, in
61 Kameradschaften oder in der von Subkultur gekennzeichneten Szene sind Rassismus,
62 Fremdenfeindlichkeit und Nationalismus ideologische Kernelemente. Die subkulturell
63 geprägte, gewaltbereite rechtsextremistische Szene zeichnet im Wesentlichen für die
64 rechtsextremistisch motivierten Straf- und Gewalttaten verantwortlich. Die Fallzahlen der
65 politisch rechts motivierten Kriminalität bewegen sich seit Jahren auf einem hohen Niveau.
66 Insbesondere die Zahl der Straftaten, die in unmittelbarem Zusammenhang zu einer
67 Asylbewerberunterkunft stehen, ist drastisch gestiegen. Rechtsextremisten stellen in

68 Sachsen-Anhalt das größte extremistische Personenpotenzial. Der Rechtsextremismus wird
69 auch in der nächsten Zeit den Inlandsextremismus in Sachsen-Anhalt in quantitativer und
70 qualitativer Hinsicht dominieren.¹

71 Auf Grund dieser strukturellen Entwicklung und der hohen Straftatenzahl wird der
72 strategische und inhaltliche Schwerpunkt des Landesprogramms auf Maßnahmen gegen
73 Rechtsextremismus gelegt. Damit verkennen wir nicht, dass auch Linksextremisten Gewalt
74 zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele anwenden. Linksmotivierte Straftaten liegen
75 quantitativ bei etwa einem Sechstel, Gewalttaten etwa bei einem Drittel der rechten Gewalt.
76 Darunter werden vor allem gewalttätige Eskalationen im Rahmen von Demonstrationen,
77 Auseinandersetzungen mit rechten Gruppen, aber auch Gewalt gegen Polizistinnen und
78 Polizisten gefasst. Hier braucht es in der Präventionsarbeit zielgruppenadäquate
79 Maßnahmen, die zur Entwicklung von Deeskalationsstrategien beitragen. Gewaltanwendung
80 als Mittel politischer Auseinandersetzungen darf in Sachsen-Anhalt keinen Platz haben.

81 Dem beschriebenen Vertrauensverlust in die Demokratie, der Instrumentalisierung
82 gesellschaftlicher Diskurse durch Rechtsextremisten sowie den Veränderungen in den
83 Erscheinungsformen und Einstellungen im Bereich der Gruppenbezogenen
84 Menschenfeindlichkeit muss bei einer Weiterentwicklung der Präventions- und
85 Interventionsstrategie des Landes Sachsen-Anhalt Rechnung getragen werden. So weist der
86 Koalitionsvertrag der 7. Legislaturperiode ein diskriminierungsfreies und menschenwürdiges
87 Miteinander als Leitziel allen politischen und gesellschaftlichen Handelns aus: „Freiheit ist für
88 uns ein Grundwert. Aus ihr erwächst für uns die bleibende Verpflichtung, die
89 Menschenrechte und die Werte unserer freiheitlichen Gesellschaft entschlossen gegen
90 populistische Stimmungsmache und ideologische Hetze zu verteidigen. Für
91 menschenverachtende Parolen und diffamierende Angriffe auf die Demokratie darf es keinen
92 Raum geben. [...] Populistische Parteien und Gruppierungen, die durch antidemokratische
93 Systemkritik, einfache Scheinlösungen und Hetze das Vertrauen in die parlamentarische
94 Demokratie untergraben, gefährden das friedliche Zusammenleben in unserer Gesellschaft
95 und die erfolgreiche Integration von Flüchtlingen.“ Solchen Parteien und Gruppen, die das
96 Klima in unserem Land vergiften und Menschen gegeneinander ausspielen, gilt es
97 entschlossen entgegenzutreten.

98 Besondere Aufmerksamkeit verdienen die Gefahren aus dem Bereich des islamistischen
99 Extremismus und Terrorismus. Neben der aktuellen Gefährdungslage durch islamistisch

¹ Weitere Informationen unter <https://mi.sachsen-anhalt.de/verfassungsschutz/verfassungsschutzberichte-zum-downloaden/>

100 motivierte Terroranschläge in Deutschland ist auch die zunehmende Anzahl an
101 Ermittlungsverfahren mit Islamismusbezug Ausdruck dieser Entwicklung. Auch in Sachsen-
102 Anhalt gibt es Hinweise und Erkenntnisse, dass salafistische Extremisten Geflüchtete
103 ansprechen. Hier ist zu befürchten, dass unter dem Deckmantel angeblicher Hilfeleistung
104 tatsächlich islamistische Ideologie verbreitet wird. Bundesweit sind auch Radikalisierungen
105 von Konvertiten festzustellen, die ihre Wurzeln in Deutschland haben. Insbesondere das
106 Internet wird von islamistischen Terroristen zur Ideologisierung und Rekrutierung genutzt.
107 Das Wirken von Islamisten verunsichert viele Menschen und führt zunehmend zu
108 pauschalen Vorurteilen gegen Musliminnen und Muslime. Auch in Sachsen-Anhalt werden
109 Musliminnen und Muslime zunehmend mit Abwehr und Aggression konfrontiert. All dies
110 gefährdet die Sicherheit und die demokratische Kultur. Insofern bilden die
111 Auseinandersetzung mit Islamismus, die Prävention von religiös motivierten
112 Radikalisierungsprozessen, die Aufklärung über den Islam und geeignete Maßnahmen zur
113 Deradikalisierung einen weiteren, neuen Schwerpunkt des Landesprogramms.

114 **Ziele des Landesprogramms**

115 Die Landesregierung, Verwaltung, Parteien, Vereine, Verbände, Bürgerinitiativen, Wirtschaft,
116 Bildungseinrichtungen, Kirchen, Gewerkschaften und die vielen Engagierten im Land setzen
117 sich entschlossen für ein demokratisches und weltoffenes Sachsen-Anhalt ein. Das
118 Landesprogramm ist dem Leitgedanken verpflichtet, den gesellschaftlichen Zusammenhalt
119 über vielfältige Angebote der Demokratieförderung, Prävention und Intervention zu
120 intensivieren. Mit dem Landesprogramm soll die Zivilgesellschaft gestärkt werden. Wir wollen
121 möglichst viele in Sachsen-Anhalt lebende Menschen dafür gewinnen, sich zu engagieren
122 und eine menschenrechtsorientierte, demokratische und plurale Alltagskultur mitzugestalten.
123 Insbesondere junge Menschen, die aktiv an einer vielfältigen Zivilgesellschaft mitwirken
124 wollen, möchte das Landesprogramm dabei unterstützen. Projekte und Maßnahmen, die die
125 demokratische, politische Kultur und das Engagement in ländlichen Räumen stärken, sollen
126 besondere Berücksichtigung finden. Das Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und
127 Weltoffenheit möchte die bereits in Sachsen-Anhalt erfolgreich wirkenden Bundes- und
128 Landesprogramme sowie die vor Ort entwickelten Ansätze, Strukturen und Angebote in einer
129 gemeinsame Strategie zusammenführen.

130 Das Landesprogramm soll insbesondere

- 131 • demokratische Werte, gesellschaftspolitische Handlungskompetenz sowie
- 132 bürgerschaftliches Engagement im Sinne des Landesprogramms stärken,

- 133 • die Akzeptanz religiöser, kultureller, ethnischer und sexueller Vielfalt fördern und
134 stärken,
- 135 • das demokratische Gemeinwesen stärken sowie das Engagement für Teilhabe und
136 kulturelle Vielfalt unterstützen,
- 137 • zum Abbau und zur Prävention von Rechtsextremismus sowie Rassismus und aller
138 anderen Formen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, insbesondere
139 Islamfeindlichkeit und Antisemitismus, in unserer Gesellschaft beitragen,
- 140 • gesellschaftliche Minderheiten und von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit
141 Betroffene in der Wahrnehmung ihrer Rechte stärken,
- 142 • auf rechts motivierte und rassistische Gewalt mit Unterstützungsangeboten für
143 Betroffene reagieren,
- 144 • eine kritische Auseinandersetzung mit antidemokratischen Bestrebungen fördern, vor
145 allem in der Erscheinungsform des politisch motivierten Extremismus sowie des
146 Islamismus und Salafismus,
- 147 • zur Prävention von Radikalisierungsprozessen beitragen,
- 148 • Menschen, die rechtsextreme oder religiös radikalisierte Gruppierungen verlassen
149 wollen, beziehungsweise Angehörige, die Personen bei diesem Prozess begleiten
150 möchten, informieren, beraten und unterstützen,
- 151 • Bürgerdialoge und andere Formate fördern, die die Zusammenarbeit zwischen
152 Kommunen, Land und Zivilgesellschaft auf Augenhöhe verbessern,
- 153 • neue Formate der demokratischen Teilhabe von Menschen und Gruppen entwickeln,
154 die bisher noch nicht erreicht werden konnten,
- 155 • Medienkompetenz vermitteln, innovative Gegenstrategien fördern und über Hass im
156 Netz aufklären,
- 157 • Multiplikatorinnen und Multiplikatoren sowie Fachkräfte für die Vermittlung von
158 menschenrechtsorientierten Werten und in den weiteren genannten Handlungsfeldern
159 fortbilden,
- 160 • durch beratende und wissenschaftliche Begleitung innovative Projektansätze
161 identifizieren und in nachhaltige Strukturen überführen.

162 **1. Aktive Bürgergesellschaft – Lebendige Demokratie gestalten**

163 Nur eine aktive Bürgergemeinschaft begründet die Basis für eine gemeinsame Strategie für
164 Demokratie und gegen Menschenfeindlichkeit. Dieser bisher im Landesprogramm für
165 Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit verankerte Ansatz wird auch zukünftig weiterverfolgt.
166 Mit dem Landesprogramm sollen Bürgerinnen und Bürger zur demokratischen Teilhabe an
167 menschenrechtsorientierten, partizipativ-demokratischen und pluralen Alltagskulturen in
168 einer engagierten und aktiven Zivilgesellschaft eingeladen werden.

169 **Ehrenamtliches Engagement — ein Grundpfeiler der Demokratie**

170 Eine demokratische und soziale Gesellschaft setzt großes Vertrauen in engagierte
171 Bürgerinnen und Bürger. Die Übernahme von Verantwortung für sich selbst und für andere
172 und die demokratische Mitgestaltung eines solidarischen Miteinanders sind von wesentlicher
173 Bedeutung für den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft.

174 In den letzten Jahren hat das freiwillige Engagement einen deutlichen Aufschwung erlebt.
175 Die Landesregierung möchte durch die Förderung des Engagements die Integration, den
176 Zusammenhalt in der Gesellschaft und die Solidarität zwischen den Generationen weiter
177 stärken. Ehrenamtliches Engagement fördert eigene Potentiale, vermittelt neue Fähigkeiten
178 und bietet vielfältige Möglichkeiten gesellschaftlicher Mitgestaltung. Dazu braucht es
179 Netzwerkstrukturen zur Engagementförderung auf allen Ebenen. Auch zukünftig werden
180 Menschen darin unterstützt, sich für eigene und gesellschaftliche Aufgaben stark zu machen.
181 Dafür sollen die Bildungsangebote, Unterstützungsstrukturen, Rahmenbedingungen und
182 Netzwerke für bürgerschaftliches Engagement weiterentwickelt werden.

183 Vereine und Verbände sind prägender Teil der Zivilgesellschaft, begleiten und stärken
184 professionell das bürgerschaftliche Engagement und leisten einen eigenständigen und
185 unverzichtbaren Beitrag für den sozialen Zusammenhalt und die Gestaltung einer
186 demokratischen Gesellschaft.

187 **Zusammenhalt und Teilhabe in Zeiten des demografischen Wandels**

188 Der demografische Wandel bietet eine Chance, das Bewusstsein für Demokratie und
189 Teilhabe zu festigen und die Bürgerinnen und Bürger für politische Themen zu
190 sensibilisieren. Die aktive Mitgestaltung von Veränderungsprozessen vor Ort stärkt den
191 Zusammenhalt und die Identifikation mit dem Gemeinwesen und eröffnet den Menschen die
192 Möglichkeit, die Potentiale und Ergebnisse einer Teilhabe an politischen
193 Entscheidungsprozessen zu erleben. Die Altersstruktur in der Bevölkerung verlangt
194 insbesondere in den Städten und Gemeinden nach neuen Wegen im Zusammenspiel der

195 Kommunen, Träger, Verbände und der Bürgerinnen und Bürger, die das wachsende
196 Interesse z. B. von Seniorinnen und Senioren an der Mitgestaltung und Mitverantwortung der
197 gesellschaftlichen Entwicklung berücksichtigen müssen.

198 Die 2011 gegründete Demografie-Allianz stärkt das bürgerschaftliche Engagement im
199 ländlichen Raum und trägt dazu bei, das eigene Lebensumfeld aktiv mitzugestalten, im
200 Miteinander positive Unterstützung zu erhalten und sich mit seinem Gemeinwesen stärker zu
201 identifizieren. Weitere durch das Land geförderte Demografie-Projekte setzen zudem
202 Schwerpunkte bei den Themen Daseins- und Gesundheitsvorsorge, Familien, Wohnen und
203 vielem mehr. Neben der konstruktiven Gestaltung des demografischen Wandels werden hier
204 Menschen aller Gesellschaftsschichten und Altersgruppen zusammengebracht und dazu
205 ermutigt, sich gemeinschaftlich für ihr soziales Umfeld zu engagieren. Dieses Engagement
206 zu begleiten und anzuerkennen ist ein essentieller Beitrag zur Demokratieförderung in
207 unserem Land.

208 **Aktive Bürgergesellschaft vor Ort**

209 Das aktive Eintreten für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit sowie die
210 Auseinandersetzung mit Ideologien der Ungleichwertigkeit bedürfen der partnerschaftlichen
211 Zusammenarbeit von Politik, Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Gerade in einem ländlich
212 strukturierten Land wie Sachsen-Anhalt ist die Kommune ein zentraler Ort, an dem
213 Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit gelebt werden.

214 Vielerorts haben sich in Sachsen-Anhalt ehrenamtliche Bürgerbündnisse und Initiativen
215 gegründet, um durch aktives, demokratisches Handeln vor Ort Ausgrenzung, Rassismus und
216 Gewalt entgegenzuwirken und Menschen mit Migrationserfahrungen lokal einzubinden.
217 Bürgerbündnisse und Initiativen werden häufig von dem Engagement der Kirchen, der
218 Gewerkschaften, von Bildungseinrichtungen, Jugend- und Kulturvereinen getragen. Auf
219 Grund ihrer Unabhängigkeit können sie den Finger in Wunden legen und den
220 Herausforderungen vor Ort schnell begegnen.

221 In den Partnerschaften für Demokratie erarbeiten Engagierte aus Politik, Verwaltung und
222 Zivilgesellschaft eine den lokalen Erfordernissen angepasste Strategie zur Stärkung einer
223 lebendigen und vielfältigen Alltagskultur. So wirken immer mehr Aktive aus der
224 Kommunalpolitik, der Jugendarbeit, den Vereinen und Verbänden, der Wirtschaft und der
225 Verwaltung vor Ort zusammen, um Demokratie und Vielfalt erlebbar zu machen. Die
226 Gründung und Arbeit von lokalen Bündnissen und Initiativen für Demokratie werden gezielt
227 gefördert und gestärkt. Zur stärkeren Beteiligung von jungen Menschen sind in den
228 Partnerschaften für Demokratie Jugendforen verankert. Durch das landesweite Netzwerk für

229 Demokratie und Toleranz erhalten lokale Initiativen zusätzlich regelmäßig Informationen über
230 Aktivitäten auf Landesebene sowie über Förderprogramme und Aktionen anderer lokaler
231 Zusammenschlüsse. Sie werden zu Workshops und Konferenzen eingeladen und können
232 auf diesem Weg eigene landesweite oder lokale Projekte initiieren. Das Netzwerk fördert die
233 demokratische Kultur in unserem Bundesland. Dazu gehören seit einigen Jahren auch
234 Verbände aus Feuerwehr, Sport, Wohlfahrt, Gleichstellung und Migration, die im
235 Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ mitwirken und so ihre vereins- und
236 verbandsinternen Strukturen demokratisch stärken.

237 Der Sport ist maßgeblicher Träger für ehrenamtliches Engagement, stellt er doch jenen
238 Bereich in unserer Gesellschaft dar, in dem der höchste Anteil ehrenamtlicher Arbeit
239 geleistet wird. Mit mehr als 3.100 Sportvereinen bietet der organisierte Sport des Landes
240 Sachsen-Anhalt eine flächendeckende Struktur, die auf Gleichberechtigung, Mitbestimmung
241 und Teilhabe aller Vereinsmitglieder basiert. Der Landessportbund bekennt sich als
242 Dachverband der Sportorganisationen in seiner Satzung klar zu den Grundsätzen einer
243 demokratischen Gesellschaft. Er ist offen für alle sportinteressierten Bürgerinnen und Bürger,
244 er integriert sie, unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit, ethnischen Zugehörigkeit,
245 Religion, Weltanschauung, Parteizugehörigkeit oder gesellschaftlichen Stellung in den Sport.
246 Mit vielfältigen Angeboten bietet der Sport Gelegenheit für partnerschaftliches, respektvolles
247 und demokratisches Handeln, vermittelt und festigt ethische Werte wie Fairness und
248 Toleranz. Zugleich wirkt er aktiv gegen Fremdenfeindlichkeit, politischen Extremismus,
249 Gewalt und Homophobie entgegen.

250 **Beratung und Unterstützung vor Ort**

251 Die aktive Auseinandersetzung mit Formen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit
252 wird im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ durch bedarfsgerechte
253 Angebote im Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus unterstützt. Die in allen
254 Regionen Sachsen-Anhalts tätigen Mobilen Beratungsteams begleiten zivilgesellschaftliche
255 Akteure in ihrem Engagement gegen rechtsextreme und menschenfeindliche Einstellungen,
256 Handlungen und Aktionen. Gegenwärtige Schwerpunkte bilden der Umgang mit
257 rassistischen Mobilisierungen gegen Geflüchtete und die Auseinandersetzung mit
258 rechtspopulistischen Gruppierungen. Ziel der gemeinwesenorientierten Beratungsarbeit ist
259 der Aufbau langfristiger zivilgesellschaftlicher Strukturen.

260 Rechte und rassistische Gewalttaten sind in den zurückliegenden Jahren enorm
261 angestiegen. Hiervon sind geflüchtete Menschen und viele Engagierte aus der
262 Flüchtlingshilfe betroffen. Das Beratungsangebot für Opfer rechter Gewalt richtet sich an

263 Betroffene rechter oder rassistischer Gewalt in Sachsen-Anhalt. Die Opferberatung
264 unterstützt die Betroffenen sowie deren Angehörige bei der Bewältigung der materiellen und
265 immateriellen Folgen der Tat und bei der Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit.

266 Unter dem Dach des Landesprogramms werden Zugänge zu jungen Menschen mit
267 Affinitäten zu rechtsextremen Ideologien erschlossen, um demokratieablehnenden und
268 menschenfeindlichen Haltungen pädagogisch zu begegnen. Hierbei sollen den Jugendlichen
269 unter Einbeziehung des sozialen Umfeldes Wege aufgezeigt werden, sich von politisch oder
270 religiös motivierten Ungleichwertigkeitsvorstellungen zu distanzieren. Ziel der
271 Präventionsarbeit ist es, Radikalisierungen früh zu erkennen und Ansatzpunkte zu finden,
272 ihnen mit pädagogischen, sozialräumlichen und politischen Maßnahmen entgegenzuwirken.

273 In verschiedenen Präventions- und Deradikalisierungsprojekten konnten Kenntnisse
274 gewonnen werden, um den Ausstieg bzw. die Distanzierung von rechtsextremen Ideologien
275 oder Milieus zu unterstützen. An diese Erfahrungen möchten wir anknüpfen und damit
276 islamistischen Radikalisierungen vorbeugen. Eine besondere Herausforderung besteht darin,
277 Prävention in Sachsen-Anhalt so zu gestalten, dass bereits im Vorfeld und in Frühphasen
278 eine Radikalisierungstendenz erkannt wird, um eine stärkere Identifizierung mit der
279 islamistischen/salafistischen Ideologie und Bewegung zu verhindern. Dieser Ansatz
280 beschränkt sich nicht nur auf eine Arbeit mit potenziell „gefährdeten“ Jugendlichen und
281 jungen Erwachsenen. Auch staatliche und kommunale Einrichtungen sowie
282 zivilgesellschaftliche Akteure möchten wir im Sinne eines differenzierten Umgangs mit
283 Fragen von Religion, Identität und islamischen Glaubenswelten sensibilisieren. Die
284 Präventionsmaßnahmen richten sich an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die im
285 Zusammenhang mit jugendphasentypischen Suchbewegungen und Konflikten mit
286 islamistischen/salafistischen Ansprachen in Kontakt kommen können. Darüber hinaus sollen
287 auch jene Akteure angesprochen werden, die Einfluss auf eine Veränderung des öffentlichen
288 Diskurses sowie jener politischer Rahmenbedingungen haben, die einer Teilhabe und
289 Zugehörigkeit von Menschen muslimischen Glaubens und von Menschen mit
290 Migrationsgeschichte entgegenstehen (z. B. Journalistinnen und Journalisten, Politikerinnen
291 und Politiker, Fachkräfte für Lehrpläne und Lernmaterialien). Schließlich richtet sich die
292 Präventionsarbeit auch an Jugendliche und junge Erwachsene, um ihnen Alternativen zu
293 islamistischen/salafistischen Deutungs- und Gemeinschaftsangeboten aufzuzeigen und
294 gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen.

295 Die Garantie von Menschenrechten und die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen am
296 Gemeinwesen sind Grundlagen unserer Demokratie. Diskriminierungen aufgrund der
297 ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer

298 Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität sind schwerwiegende Verstöße gegen
299 das demokratische Selbstverständnis. Betroffene sind zugleich wichtige Akteure, die sich in
300 Selbstvertretungen organisieren und ihre Stimme in den öffentlichen Raum einbringen.
301 Deshalb verfolgt die Landesregierung Strategien zur Verbesserung des Schutzes vor
302 Diskriminierung und zur Stärkung der Anerkennung von Minderheiten. Beispiele sind die
303 Landesprogramme für ein geschlechtergerechtes Sachsen-Anhalt und zur Akzeptanz von
304 Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgendern, Transsexuellen und Intergeschlechtlichen
305 Menschen (LSBTTI). Insbesondere im ländlichen Raum sind Selbstvertretungen und
306 Unterstützungsnetzwerke nicht hinreichend vorhanden. Mit dem Auf- und Ausbau von
307 Beratungsangeboten für von Diskriminierung Betroffene sowie durch die Vernetzung
308 verschiedener Selbstvertretungen im Sinne des horizontalen Ansatzes möchten wir
309 Betroffene unterstützen und die Bürgerinnen und Bürger für Alltagsdiskriminierung
310 sensibilisieren.

311 **Netze knüpfen für Demokratie**

312 Die Vernetzung einzelner Handlungsfelder und ihrer Akteure ist nicht nur auf lokaler Ebene
313 ein wichtiges Element für den Erfolg des Ganzen, auch auf Landesebene werden Strukturen
314 benötigt, die ein gemeinsames und aufeinander abgestimmtes Handeln ermöglichen.
315 Radikalisierungsprävention, Demokratie- und Engagementförderung möchten wir besser
316 vernetzen und aufeinander abstimmen.

317 So führt die Landeskoordinierungsstelle des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ die
318 Akteure der Partnerschaften für Demokratie, des Beratungsnetzwerks gegen
319 Rechtsextremismus und der Modellprojekte zusammen und unterstützt den Aufbau einer
320 nachhaltigen Beratungs-, Informations- und Vernetzungsstruktur auf Landesebene. Ziel ist
321 es, überregionale und lokale Maßnahmen der Prävention und Intervention im Themenfeld zu
322 bündeln und zu vernetzen. Die Geschäftsstelle des Netzwerks für Demokratie und Toleranz
323 in der Landeszentrale für politische Bildung unterstützt seit 2005 Akteure im Land Sachsen-
324 Anhalt, die mit dem Ziel der Stärkung der demokratischen Kultur in unserem Bundesland
325 aktiv sind.

326 Übergreifende Zielsetzung sind die Sensibilisierung der Bevölkerung in der Prävention von
327 Rechtsextremismus und Rassismus, die Vernetzung und Beratung lokaler und landesweiter
328 Akteure sowie Angebote von Information, Qualifizierung und Förderung für Ehren- und
329 Hauptamtliche.

330 **2. Bildung für eine demokratische Gesellschaft**

331 Bildung im 21. Jahrhundert beginnt mit der frühen Kindheit und begleitet uns bis ins hohe
332 Alter. Die Bildungseinrichtungen des Landes Sachsen-Anhalt müssen Grundlagen der
333 Demokratie kontinuierlich vermitteln. Deshalb fördert das Land Sachsen-Anhalt
334 lebensbegleitende Demokratiebildung. Das umfasst politische Bildung, Partizipation,
335 demokratische Alltagsgestaltung, Anerkennung von Vielfalt und bürgerschaftliches
336 Engagement. Lebensbegleitendes soziales und transkulturelles Lernen eröffnet Räume für
337 die Entwicklung von Wissen, Kompetenzen und Haltungen, die für Mitbestimmung und
338 Mitgestaltung in der Demokratie wesentlich sind. In diesem Sinne fördert das
339 Landesprogramm Demokratiebildung in Kindertagesstätten, Schulen und Hochschulen sowie
340 der Jugend- und Erwachsenenbildung, um demokratisches Handeln und Denken zu erlernen
341 und einzuüben. Eine stärkere Verankerung der Demokratiepädagogik in der Aus- und
342 Weiterbildung pädagogischer Fachkräfte wird angestrebt.

343 **Frühe Bildung: Kindertagesstätten**

344 Kindertageseinrichtungen sind der Ort, an dem die Jüngsten unserer Gesellschaft erstmals
345 in ihrem Leben in größeren Gruppen agieren und damit ihre sozialen Kompetenzen
346 substanziell entwickeln können. Hier lernen Kinder Vielfalt und Ungleichheiten kennen.
347 Vorurteile und Diskriminierung machen ebenso wenig Halt vor den Türen der Einrichtungen
348 wie Kinderarmut. Um ihr Recht auf demokratische Teilhabe wahrnehmen zu können, müssen
349 Kinder entsprechende Kompetenzen entwickeln und erproben können.

350 Das Programm „Bildung: elementar“ und dessen Fortschreibung sowie die Aus- und
351 Weiterbildung der Fachkräfte im Land Sachsen-Anhalt beinhalten bereits viele dieser
352 Impulse. Die Gestaltung demokratischer Bildung und Teilhabe ist in vielen
353 Kindertagesstätten dementsprechend kontinuierlich auszubauen.

354 Das Landesprogramm fördert daher Maßnahmen, die

- 355 • die demokratische Teilhabe von Kindern in den Kindertageseinrichtungen zum Ziel
356 haben,
- 357 • einen wertschätzenden Umgang mit sozialer und kultureller Vielfalt anregen,
- 358 • einen kritischen Umgang mit Ungleichheit, Vorurteilen, Diskriminierung und Gewalt
359 beinhalten,
- 360 • Anerkennung von Vielfalt und Vorurteilsprävention in Erziehungspartnerschaften und
361 im Sozialraum thematisieren,
- 362 • innovative Ansätze entwickeln bzw. auf eine größere Breitenwirkung bewährter
363 Ansätze abzielen,

364 • eine Qualitätssteigerung der Demokratiebildung im Elementarbereich bewirken.

365 **Demokratiebildung in Schulen**

366 Teil des im Schulgesetz des Landes Sachsen-Anhalt verankerten Erziehungs- und
367 Bildungsauftrages ist es, „die Schülerinnen und Schüler zur Achtung der Würde des
368 Menschen, zur Selbstbestimmung in Verantwortung gegenüber Andersdenkenden, zur
369 Anerkennung und Bindung an ethische Werte, zur Achtung religiöser Überzeugungen, zu
370 verantwortlichem Gebrauch der Freiheit und zu friedlicher Gesinnung zu erziehen“. An
371 diesem Grundsatz orientieren sich fachübergreifend Lehr- und Lerninhalte ebenso wie
372 Arbeits- und Vermittlungsformen, innerschulische Entscheidungsprozesse und
373 Umgangsformen sowie die Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern.

374 Um diese Ziele im Sinne einer Schule der Bürgergesellschaft umzusetzen, setzt Schule in
375 Sachsen-Anhalt auf:

376 *Interkulturelles Lernen und die Vermittlung internationaler Erfahrung*

377 Zum interkulturellen Lernen als Unterrichtsprinzip gehören alle Formen, die durch die
378 Erfahrung kultureller Vielfalt zu einer genaueren Analyse, zu einer Relativierung der eigenen
379 kulturellen Normen und Sozialsysteme und damit zum Abbau kultureller Vorurteile führen.
380 Interkulturelles Lernen ist fächerübergreifend und wird durch ergänzende Projektarbeit in
381 Kooperation mit außerschulischen Bildungspartnern in allen Schulformen und Altersgruppen
382 gestärkt.

383 Begegnung und Austausch, besonders im Rahmen von Schulpartnerschaften, fördern
384 ebenfalls das interkulturelle Lernen. Internationale Beziehungen gehören heute zu den
385 anerkannten und elementaren Qualitätsmerkmalen einer guten Schule. Darum sollen die
386 Rahmenbedingungen für internationale Schulpartnerschaften und den Schüleraustausch
387 weiter verbessert werden.

388 *Ausbau der Demokratiepädagogik*

389 Die Landesregierung will die demokratiepädagogische Erziehung und Bildung an den
390 Schulen ausbauen. In den Lehrplänen und Rahmenrichtlinien sind schwerpunktmäßig
391 übergreifende Themen- und Kompetenzbereiche verankert, die einen spezifischen Beitrag
392 zum menschenrechtsorientierten Lernen leisten, wie etwa Umgang mit Rassismus, Gewalt,
393 Fremdenhass und Ausländerfeindlichkeit, Förderung von Demokratie und Toleranz sowie die
394 Stärkung der Kinderrechte der UN-Charta. Dazu gehört das Wissen um den demokratischen
395 Verfassungsstaat, die Kenntnis von politischen Beteiligungsrechten, aber auch die
396 Auseinandersetzung mit extremistischen und rechtspopulistischen Bestrebungen, die die

397 Demokratie gefährden. Die Wissens- und Kompetenzvermittlung zur erfolgreichen
398 Bekämpfung von Diskriminierung, Mobbing und Gewalt in allen Schulformen soll weiter
399 ausgebaut werden.

400 Im Lehrplan für die Gymnasien und Fachgymnasien ist bereits jetzt als gemeinsame Aufgabe
401 aller Fächer die Ausprägung von Demokratiekompetenz unter dem Schwerpunkt
402 „Demokratisch handeln und Demokratie stärken“ fest verankert. Bei der weiteren
403 Überarbeitung von Rahmenrichtlinien arbeitet die Landesregierung darauf hin, Lerninhalte
404 und Methoden für die hier beschriebenen Inhalte und Ziele für alle Schulformen
405 weiterzuentwickeln. Interkulturelles und demokratisches Lernen soll auch in Berufsbildenden
406 Schulen noch stärker verankert werden.

407 *Mitbestimmung im Schulalltag*

408 Die Interessenvertretung von Schülerinnen und Schülern sowie Eltern ist gesetzlich
409 verankert. Mit den ehrenamtlichen Eltern- und Schülerräten ist die demokratische
410 Mitbestimmung an schulischen Bildungsprozessen und der Gestaltung des Schulalltags
411 garantiert. Ihre Arbeit basiert auf Mitbestimmung, Verhandlungsführung und
412 Kompromissfindung und ist damit umfangreicher Ausdruck einer demokratischen
413 Lebensweise im Schulalltag. Gerade Schülerinnen und Schüler müssen zu dieser Form
414 demokratischer Mitbestimmung befähigt und Lehrende für die Ernsthaftigkeit und
415 Notwendigkeit sensibilisiert werden. Das Landesprogramm unterstützt daher Aktivitäten zur
416 weiteren Festigung und Ausgestaltung der gesetzlich verbrieften, demokratischen
417 Mitbestimmung im Schulalltag und deren Weiterentwicklung bis in die Klassenbereiche.

418 *Vernetzung und Öffnung in das Gemeinwesen*

419 In den Schulen Sachsen-Anhalts gibt es eine Vielfalt von Handlungsansätzen, die das
420 Bewusstsein für eine demokratische, menschenrechtsorientierte Kultur stärken. Ein
421 besonderes Augenmerk gilt hier nachhaltigen Strategien, die diesen Weg kontinuierlich
422 verfolgen und die Schulen dabei gemeinsam mit externen Bildungspartnern und Orten in das
423 Gemeinwesen öffnen. Hier sind sowohl die Schulsozialarbeit als auch die Träger
424 außerschulischer Jugend- und Bildungsarbeit wichtige Partner der Schulen. Besonders im
425 Hinblick auf eine nachhaltige Sicherung solcher Angebote sind Schulnetzwerke wie die
426 UNESCO-Projektschulen, die Europaschulen, das Netzwerk „Service-Learning – Lernen
427 durch Engagement“ und das Schulnetzwerk „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“
428 (SOR-SMC) zu nennen. Sie leisten einen wertvollen Beitrag zur Verstetigung
429 demokratiefördernder Bildungsprozesse in der Schule und im Gemeinwesen. Die
430 bestehenden Netzwerke sind zu stärken und weiterzuentwickeln durch die Beratung und

431 Qualifizierung von Lehrkräften, eine verstärkte curriculare und programmatische
432 Verankerung, die Gewinnung und Qualifizierung von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren,
433 die Implementierung in die Lehreraus- und -weiterbildung, den organisatorischen Ausbau der
434 Schulnetzwerke sowie den Ausbau qualitätssichernder Maßnahmen.

435 **Demokratiebildung in Hochschulen und Universitäten**

436 Eine demokratisch verfasste Hochschule leistet wertvolle Beiträge zur Sicherung und
437 Weiterentwicklung eines demokratischen Gemeinwesens. Zahlreiche methodische und
438 didaktische Ansätze, die gesellschaftliches Engagement von Studierenden in der Lehre
439 fördern bzw. die Studierende an gesellschaftliches Engagement heranzuführen, sind geeignet,
440 einerseits die Qualität von Lehre und Forschung zu verbessern und andererseits die
441 gesellschaftliche Verantwortung von Hochschulen und Studierenden zu stärken. Studierende
442 lernen durch bürgerschaftliches Engagement in sozialen, kulturellen oder ökologischen
443 Feldern und wenden ihr im Studium erworbenes Wissen direkt im Gemeinwesen an.
444 Dadurch entstehen lebendige neue Lehrformate und Forschungsfelder, die sich mit
445 gesellschaftlichen Herausforderungen beschäftigen und neue Problemlösungen bieten.
446 Zugleich werden Einstellungen und Werte bei den Studierenden entwickelt, die für ihre
447 eigene Orientierung und für ihre Vorbildfunktion in der Gesellschaft eine wichtige Rolle
448 spielen.

449 Hochschulen sollten für ein demokratisches Gemeinwesen

- 450 • Verantwortung für die demokratische und soziale Entwicklung der Gesellschaft
451 wahrnehmen,
- 452 • soziale Öffnung und Chancengleichheit verwirklichen,
- 453 • Mitbestimmung und Partizipation ausbauen,
- 454 • Kooperation, Verantwortung und Transparenz in Forschung und Lehre stärken,
- 455 • die wissenschaftliche Weiterbildung zu Angeboten des Lebensbegleitenden Lernens
456 ausbauen.

457 Für diese Entwicklung braucht die demokratische und soziale Hochschule verlässliche
458 Rahmenbedingungen.

459 **Demokratiebildung in der politischen Erwachsenenbildung**

460 Politische Erwachsenenbildung ist ein wichtiges Instrument zur Stärkung einer aufgeklärten,
461 offenen Bürgergesellschaft. Sie soll nicht nur Kenntnisse über die demokratische
462 Gesellschaft und ihre Funktionsweisen vermitteln, sondern auch Themen, Interessen und
463 Fragen von Bürgerinnen und Bürgern aufgreifen und Möglichkeiten der Partizipation und des

464 Engagements aufzeigen. Damit folgt die politische Erwachsenenbildung einer
465 Empowerment²-Strategie, die zum kritischen, engagierten Denken und Handeln motiviert.
466 Anbieter der politischen Erwachsenenbildung sollen

- 467 • Bildungsangebote in Verbindung mit einer Sozialraumanalyse entwickeln, um dem
468 Bedarf vor Ort gerecht zu werden und potentielle Akteure sowie Interessentinnen und
469 Interessenten partizipativ einzubeziehen,
- 470 • den ländlichen Raum als Ort politischer Erwachsenenbildung verstehen und lokale
471 Akteure und Orte des Gemeinwesens in die Bildungsarbeit integrieren, Zielgruppen
472 genau definieren und durch spezifische Ansprachen, Orte und Methoden erreichen,
- 473 • bürgerschaftliches Engagement zur Stärkung der Demokratie aufgreifen, mit
474 professionellen Anbietern der Erwachsenenbildung vernetzen und zu einem
475 gemeinsamen Qualifizierungs-Programm verbinden,
- 476 • unterschiedliche Förder- und Maßnahmenziele mit Maßnahmen der politischen
477 Bildung und Familienbildung, Erlebnispädagogik, etc. im Sinne einer Gesamtstrategie
478 verbinden,
- 479 • soziale Netzwerke nicht nur für Öffentlichkeitsarbeit nutzen, sondern als Ort der
480 Bildungsarbeit verstehen, z. B. für eine Umsetzung von Partizipationsstrategien, für
481 spezifische Methoden der Bildungsarbeit, als Bildungsort in der Auseinandersetzung
482 mit Hass im Netz, Rassismus und Extremismus sowie als Ort netzpolitischer
483 Diskurse.

484 Ziel der politischen Erwachsenenbildung muss sein, Menschen und Gruppen zu
485 interessieren, die bisher noch nicht erreicht werden konnten. Um entsprechende Angebote
486 verstärkt zu generieren, sind die Ressourcen der politischen Erwachsenenbildung zu
487 stärken, sollen die Förderkriterien auf diesem Feld den hier formulierten Maßgaben
488 angepasst und - gemäß Koalitionsvertrag - die Optimierung des
489 Bildungsfreistellungsgesetzes hinsichtlich der politischen Bildung geprüft werden.

490 *Gedenkstätten als Orte des Gedenkens, der Erinnerung, und der Bildung am authentischen*
491 *Ort*

492 Gedenkstätten bieten die Möglichkeit, geschichtliche Entwicklungen an authentischen Orten
493 kennenzulernen. Die Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt trägt dazu bei, das Wissen um
494 die Verbrechen während der nationalsozialistischen Diktatur im Bewusstsein der Menschen

² Empowerment meint eine Strategie der Selbststärkung, die Menschen dabei unterstützen soll, ihre Interessen selbstverantwortlich wahrnehmen zu können.

495 zu bewahren. Es ist ebenfalls Aufgabe der Stiftung, die schweren
496 Menschenrechtsverletzungen während der sowjetischen Besatzung und der SED-Diktatur
497 darzustellen und hierüber Kenntnisse zu vermitteln.

498 In Verbindung mit Ausstellungen sowie pädagogischen und kulturellen Angeboten fördern
499 Gedenkstätten die kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte und Gegenwart. Indem
500 sie die Konsequenzen fehlender Menschen- und Bürgerrechte vor Augen führen,
501 ermöglichen Gedenkstätten Impulse für Zivilcourage und für das Engagement für
502 Menschenrechte und Demokratie.

503 Durch die Ausweitung der Gedenkstättenstiftung und die verstärkte Förderung der historisch-
504 politischen Bildung in Landesgedenkstätten und an NS-Gedenkorten in Europa durch die
505 Landeszentrale für politische Bildung wollen wir möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern
506 über außerschulische Projekte und Schulfahrten die pädagogischen Angebote der
507 Gedenkstätten nahebringen.

508 **3. Kulturelle Vielfalt: Migration, Integration und Internationalisierung**

509 Die Menschen in Sachsen-Anhalt sind so vielfältig wie das Bundesland selbst. In modernen
510 Gesellschaften ist ein Miteinander in Vielfalt möglich und Demokratien leben vom
511 Meinungsstreit, in dem um eine lebenswerte Zukunft gerungen wird. Nicht verhandelbar sind
512 grundlegende Menschenrechte, die Achtung der Menschenwürde und ein gewalt- und
513 diskriminierungsfreies Miteinander. In diesem Sinne fördert das Landesprogramm
514 Maßnahmen, die die Teilhabe und Gleichberechtigung aller Menschen in Sachsen-Anhalt
515 stärken.

516 Das Land Sachsen-Anhalt ist geprägt von seiner Zu- und Abwanderungsgeschichte. Schon
517 immer sind Menschen aus anderen Ländern nach Sachsen-Anhalt gekommen. Viele haben
518 hier ihre neue oder zweite Heimat gefunden. Integration als wechselseitiger Prozess gelingt
519 dann, wenn Menschen an Bildung und Erwerbsarbeit sowie am Alltagsleben und
520 Gemeinwesen gleichberechtigt teilhaben. Zugleich kann Internationalisierung den
521 Lebensalltag bereichern und Wirtschaft und Wissenschaft nützen.

522 In unserem Land sind dafür gute Voraussetzungen gegeben. In Städte- und
523 Regionalpartnerschaften werden internationale Kontakte ebenso gepflegt wie im Rahmen
524 der Europa- und Internationalisierungsstrategie des Landes. Ein großer Teil der Bevölkerung
525 hat mit Offenheit, Mitgefühl und Tatkraft an der Aufnahme von Geflüchteten mitgewirkt.
526 Vielerorts haben sich Politik und Verwaltung auf den Weg der interkulturellen Öffnung
527 begeben. Migrantinnen und Migranten sowie Migrantenselbstorganisationen sind starke
528 Akteure mit eigenen Ressourcen, Potentialen und Angeboten, die sowohl die Ankommenden
529 stärken als auch die zivilgesellschaftlichen Netzwerke sowie Behörden fachlich unterstützen.

530 Das Landesprogramm fokussiert auf die Entwicklung Sachsens-Anhalts zu einer interkulturell
531 sensibilisierten, weltoffenen, pluralen und demokratischen Gesellschaft. Akzeptanz und
532 Gestaltung gesellschaftlicher Vielfalt ist das Ziel. Das Zulassen unterschiedlicher
533 Sichtweisen unter der Grundprämisse der Gleichwertigkeit aller Menschen stärkt unsere
534 Demokratie. Was zählt, sind Dialogbereitschaft, der Grundsatz der Toleranz, der respektvolle
535 Umgang im Reden und Handeln, die Ausgestaltung eines vielschichtigen, sozialen
536 Miteinanders und das Engagement für eine lebenswerte, demokratische und weltoffene
537 Zivilgesellschaft. Die Vermittlung dieser Werte ist ein zentrales Anliegen der Arbeit des
538 Landesprogramms.

539 Die erfolgreiche Integration der nach Sachsen-Anhalt zugewanderten und aus Kriegs- und
540 Krisengebieten geflüchteten Menschen ist daher Ausdruck unseres demokratischen und
541 humanitären Selbstverständnisses. Wir brauchen Weltoffenheit und Vielfalt, um die Chance,

542 die in der Migration steckt, für eine positive – kulturelle, soziale, wirtschaftliche und auch
543 politische – Entwicklung nutzen zu können.

544 Die erfolgreiche Integration der Zugewanderten und Geflüchteten ist eng mit sprachlicher
545 und beruflicher Qualifikation verwoben. Die deutsche Sprache öffnet den Zugang zum
546 deutschen Arbeitsmarkt, sie ist der wesentliche Schlüssel für die Kommunikation und
547 Begegnung, mit ihr gelingt die Alltagsintegration. Sie ist Voraussetzung für gesellschaftliche
548 Teilhabe und die Beteiligung an politischen Prozessen. Unabhängig von Vorkenntnissen,
549 Bildungsstand, Geschlecht, Alter oder ausländerrechtlichem Status möchten wir
550 Möglichkeiten zur Sprachförderung anbieten. Für die erfolgreiche berufliche Integration
551 bedarf es neben den Angeboten des Spracherwerbs auch passgenauer
552 Qualifizierungsmöglichkeiten. Die Vernetzung und Zusammenarbeit aller relevanten
553 Integrationsakteure auf regionaler und lokaler Ebene ist Voraussetzung für die Entwicklung
554 solcher Angebote und Prozessketten.

555 Die Integration der Geflüchteten, aber auch von Zugewanderten, darf sich jedoch nicht auf
556 den Spracherwerb und die erfolgreiche Integration in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt
557 begrenzen, sondern muss auch im Alltag der Menschen stattfinden. Integration bedeutet die
558 gleichwertige Teilhabe am gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Alltag. Hierfür
559 bedarf es der weiteren Sensibilisierung der Gesellschaft sowie der unbedingten Stärkung der
560 in vielen Facetten vorhandenen und sehr lebendigen Willkommenskultur.

561 Die Förderung des interkulturellen Dialogs zwischen der Aufnahmegesellschaft und den
562 Neuankommenden ist ein wesentliches Anliegen dieses Landesprogrammes. Gleiches gilt
563 für die Unterstützung des zivilgesellschaftlichen Engagements der zahlreichen
564 ehrenamtlichen Willkommensbündnisse, Vereine, Bündnisse gegen Rechts und anderen
565 gemeinnützigen Organisationen, denen es um die Stärkung eines demokratischen
566 Gemeinwesens geht. Hier begegnen und vernetzen sich Akteure aus Politik, Verwaltung,
567 Medien und Zivilgesellschaft auf Augenhöhe.

568 Die interkulturelle Orientierung und Öffnung von zentralen staatlichen Einrichtungen ist im
569 Sinne erhöhter Teilhabechancen ein weiterer Schwerpunkt des Landesprogramms. Dies
570 geschieht durch Öffnungsprozesse in Behörden und Verwaltungen für zugewanderte und
571 geflüchtete Menschen und fokussiert in zwei Richtungen. Zum einen soll die interkulturelle
572 Kompetenz und Kommunikationsfähigkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gestärkt
573 werden. So werden beispielsweise Ausländerbehörden hinsichtlich ihrer interkulturellen,
574 fachlichen und sozialen Kompetenzen beraten und unterstützt. Zum anderen muss sich die

575 Vielfalt der Mitglieder, die die Gesellschaft bilden, auch in staatlichen Einrichtungen
576 Sachsen-Anhalts widerspiegeln.

577 Partizipation an demokratischen Prozessen und das Erleben kultureller Vielfalt sind wichtige
578 Aspekte der internationalen Zusammenarbeit und sollen verstärkt u. a. in den bestehenden
579 Regionalpartnerschaften des Landes eine Rolle spielen. Die Europa- und
580 Internationalisierungsstrategie des Landes Sachsen-Anhalt wird fortgesetzt und fördert
581 internationale Jugendbegegnungen, da über solche Projekte jungen Menschen Erfahrungen
582 mit Gleichaltrigen in anderen Ländern und mit jugendlichen Gästen aus dem Ausland im
583 eigenen Land vermittelt werden. Damit wird ein Beitrag zu mehr Weltoffenheit geleistet.
584 Neben persönlichkeitsbildenden Aspekten der Maßnahmen können Jugendliche somit in der
585 globalisierten Welt interkulturelle Kompetenz erlangen.

586 Ein Teil der vielfältiger werdenden Zivilgesellschaft artikuliert sich zunehmend in Form von
587 Migrantenselbstorganisationen als Experten in Integrationsfragen. Das Landesprogramm
588 stärkt diese Entwicklung durch inhaltliche und methodische Schulungen, Kompetenzbildung,
589 Engagementförderung und Empowerment. Migrantenselbstorganisationen sind
590 Multiplikatorinnen, soziale Anlaufstelle und Kulturmittlerinnen. Ihr vielfältiges Engagement für
591 gesellschaftliche Teilhabe möchten wir noch stärker nutzen.

592 Das Landesprogramm unterstützt vor diesem Hintergrund insbesondere folgende
593 Maßnahmen:

- 594 • Interkultureller Dialog, Begegnungsformate, ehrenamtliches Engagement für bzw. mit
595 Geflüchtete/n,
- 596 • Interkulturelle Öffnung von Verwaltungen und anderen Organisationen,
- 597 • Vermittlung interkultureller Kompetenz an Fachkräfte in Bildungseinrichtungen, in der
598 Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung,
- 599 • Bildungs- und Ausbildungsinitiative für geflüchtete Kinder und Jugendliche,
- 600 • verbesserte Anerkennung von Qualifikationen und Nutzung von fachlichen
601 Ressourcen der Migrantinnen und Migranten,
- 602 • Förderung der Mitwirkung von Migrantinnen und Migranten an der Gestaltung des
603 Gemeinwesens,
- 604 • Stärkung von Migrantenselbstorganisationen,
- 605 • geschlechtersensible Maßnahmen und Unterstützungsangebote.

606

607 **4. Medienkompetenz für eine digitale Zivilgesellschaft**

608 Die Digitalisierung vieler Lebensbereiche und insbesondere gesellschaftspolitischer
609 Prozesse bietet Chancen für eine demokratische (Netz-)Kultur sowie den Dialog zwischen
610 Zivilgesellschaft, Staat und Verwaltung. Der Ausbau digitaler Vernetzung ermöglicht die
611 Entwicklung neuer Beteiligungsformate und neuer Wege der Kommunikation. Über soziale
612 Online-Netzwerke, Behörden im Internet und digitale Kommunikationsplattformen können
613 mehr Menschen erreicht sowie für Teilhabe und Engagement gewonnen werden. So gelingt
614 es beispielsweise Geflüchteten schneller, über Internetportale und Apps Informationen zu
615 erhalten und Netzwerke aufzubauen. Insbesondere im ländlichen Raum kann so den
616 Nachteilen einer unzureichenden Verkehrsinfrastruktur begegnet werden. Im Rahmen
617 bestehender oder neuer Aktivitäten wie der Digitalen Agenda Sachsen-Anhalt bedarf es
618 weiterer Anstrengungen beim Ausbau der infrastrukturellen Zugangsvoraussetzungen für
619 eine digitale Vernetzung.

620 Die Digitalisierung stellt Akteure aus Politik und Zivilgesellschaft vor neue
621 Herausforderungen. Die kontrovers geführten Debatten um Asyl und Zuwanderung finden
622 ihren Niederschlag in den sozialen Medien ebenso wie die Zunahme menschenverachtender
623 und demokratiefeindlicher Diskurse. Insbesondere Zugewanderte, Flüchtlingshelferinnen und
624 -helfer sowie politisch Aktive sind im Internet mit einer Vielzahl von diskriminierenden und
625 abwertenden Hasskommentaren bis hin zu Bedrohungen konfrontiert. Gezielte Lügen und
626 Verschwörungstheorien finden schnelle und weitreichende Verbreitung. Hass-Kampagnen in
627 den sozialen Medien wiederum finden ihre Entsprechung in Mobilisierungen und Gewalt auf
628 der Straße. Daher gilt es, auch und gerade im virtuellen Raum, der Kultur des Hasses eine
629 Kultur des respektvollen Miteinanders und der Zivilcourage im Sinne einer aktiv gestalteten
630 Bürgergesellschaft entgegenzusetzen.

631 **Herausforderungen in der politischen Bildung**

632 Die grundlegende Digitalisierung des Lebens erfordert neue konzeptionelle Ansätze in der
633 Bildungsarbeit. Bürgerinnen und Bürger müssen nicht nur befähigt werden,
634 Menschenverachtung und antidemokratische Phänomene im Internet zu erkennen und zu
635 bewerten, sondern ihnen auch effektiv entgegenzutreten. Ziel ist dabei, die Motivation zum
636 Online-Dialog und -Engagement gegen Hass im Netz zu stärken. Zugleich muss
637 netzpolitische Bildung – wie etwa im Bürgerforum für Netzpolitik und Netzkultur
638 „swap:Netzkultur“ – zu einem Kerngeschäft der politischen Bildung werden.

639 Das Landesprogramm fördert daher

- 640 • die Stärkung der Medienkompetenz aller Bürgerinnen und Bürger,

- 641 • die Kooperation und Vernetzung von Akteuren der politischen Bildung und
642 Medienbildung,
- 643 • die Entwicklung von Informations- und Bildungsangeboten in den Themenfeldern
644 digitales Engagement und Zivilcourage im Netz,
- 645 • Workshops und Trainings für eine Auseinandersetzung mit Hass und Bedrohung im
646 Netz,
- 647 • die Entwicklung von digitalen Dialog- und Beteiligungsformaten sowie
- 648 • die Einrichtung einer Beratungsstelle zum (präventiven) Umgang mit Hass und
649 Bedrohung im virtuellen Raum.

650 Vor allem Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene bewegen sich zunehmend stärker in
651 der digitalen Welt. Kommunikation, soziale Aktivitäten, Wissensvermittlung und auch
652 Demokratiebildung finden immer häufiger im Internet statt. Politische Bildung und
653 demokratische Beteiligungsformate müssen dem Rechnung tragen und deshalb
654 zielgruppenspezifische Formen der digitalen Ansprache entwickeln. Hierbei setzt das Land
655 seinen Fokus auf den Medienschutz und die Förderung der Medienkompetenz. Dazu
656 entwickelt beispielsweise die vom Land geförderte Servicestelle Kinder- und Jugendschutz
657 altersspezifische präventive Angebote, die junge Menschen zu einem sicheren Umgang mit
658 den digitalen/sozialen Medien befähigen sollen. Darüber hinaus werden, unterstützt von
659 Netzwerken im Bereich der Medienkompetenzförderung, Angebote für Lehrkräfte und Eltern
660 zur Sensibilisierung und Unterstützung von Kindern und Jugendlichen konzipiert. Die
661 Förderung der Medienkompetenz im Rahmen der Lehrerausbildung sowie der Lehrerfort-
662 und -weiterbildung ist Voraussetzung für eine erfolgreiche Medienbildung in Schule und
663 Ausbildung.

664 **Bekämpfung der Hass-Kriminalität im Internet**

665 Neben der Förderung von Medienkompetenz und der Zivilcourage gegen Hass im Netz ist
666 eine konsequente Strafverfolgung von virtueller Hasskriminalität unerlässlich. Einen
667 wesentlichen Beitrag hierzu kann eine anlassunabhängige Präsenz der Polizei im Internet
668 leisten, die zudem eine generalpräventive Wirkung entfaltet. Daher beabsichtigt das Land die
669 Einrichtung einer sogenannten Internetstreife. Ziel ist neben dem zeitnahen Erkennen von
670 Hasspostings die strafrechtliche Verfolgung und Ermittlung Tatverdächtiger sowie das zügige
671 Entfernen der Hasspostings aus dem Netz. Gleichzeitig soll eine generalpräventive Wirkung
672 erzielt werden, die durch geeignete Öffentlichkeitsarbeit, begleitende
673 Präventionsmaßnahmen und die Durchführung bundesweit abgestimmter Aktionstage gegen
674 Hass im Netz verstärkt wird. Neben der konsequenten Strafverfolgung, die auf den

675 verantwortlichen Autor des Hassbeitrages zielt, sollen die Betroffenen durch möglichst
676 schnelles Löschen vor diesen rechtswidrigen Beiträgen geschützt werden.
677 Darüber hinaus unterstützt das Landesprogramm Maßnahmen zur Förderung der Meldung
678 von Hassbeiträgen durch Bürgerinnen und Bürger. Bundes- und landesweite Initiativen und
679 Meldestellen für Hass im Netz sollen bekannt gemacht und entwickelt werden.

680 **5. Jugendarbeit für eine demokratische Zukunft**

681 Jugendarbeit spielt für die Demokratiebildung eine zentrale Rolle, denn die Lebensphase der
682 Jugend zeichnet sich durch besondere Anforderungen aus, von denen die
683 Selbstpositionierung und Verselbstständigung junger Menschen in der sie umgebenden
684 Wirklichkeit die weitreichendsten sind. Die Beförderung einer demokratischen Lebensweise
685 in Sachsen-Anhalt muss daher hier ansetzen.

686 Die Entwicklung eines eigenständigen Politikfeldes „Jugendpolitik“, welches
687 ressortübergreifend arbeitet und von jungen Menschen mitbestimmt wird, ist als
688 demokratische Zukunftspolitik dabei unabdingbar. Die Landesregierung arbeitet bereits an
689 wesentlichen Vorhaben, um Jugendliche und junge Erwachsene in Sachsen-Anhalt
690 dahingehend zu unterstützen. Die Erarbeitung des eigenständigen jugendpolitischen
691 Programms und des Kinder- und Jugendberichtes für Sachsen-Anhalt, die Weiterentwicklung
692 der landesweiten Jugendhilfeplanung wie auch zahlreiche Jugendbeteiligungsprojekte
693 stehen dabei im Vordergrund.

694 Aufbauend auf den Empfehlungen des Kinder- und Jugendberichtes in der 7.
695 Legislaturperiode in Sachsen-Anhalt, der sich erstmals schwerpunktmäßig mit dem
696 Aufwachsen junger Menschen zwischen 12 und 27 Jahren befasst, den Ergebnissen des
697 Projektes „Jugend Macht Zukunft“ sowie die Erfahrungen des Kompetenzzentrums „Kinder-
698 und Jugendpartizipation“ wird ein dynamisches jugendpolitisches Programm für Sachsen-
699 Anhalt entwickelt, das mit dem Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit
700 eng verzahnt wird.

701 Der in der laufenden Legislaturperiode zu erstellende Kinder- und Jugendbericht der
702 Landesregierung wird der jugendpolitischen Herausforderung Rechnung tragen, die
703 Partizipation als zentrales Element einer sozialen Integration zu begreifen. Junge Menschen
704 sollen als Expertinnen und Experten in eigener Sache wahrgenommen werden. Sie selbst
705 sollen zu dem Bild von Jugend beitragen, das Grundlage politischen Handelns sein kann.
706 Daher soll der Bericht der Landesregierung mit einer repräsentativen Befragung der
707 Jugendlichen in Sachsen-Anhalt verknüpft werden: Mit welchen Themen, Fragen und
708 Problemen müssen sich Jugendliche wie und wann befassen? Welche Unterstützung steht
709 ihnen dabei zur Verfügung und welche ist geboten? Die Erarbeitung des Kinder- und
710 Jugendberichtes der Landesregierung wird daher die demokratische Mitbestimmung von
711 Jugendlichen mit befördern und stärken.

712 Auf Basis der Ziele der Kinder- und Jugendhilfe und der Konvention über die Rechte des
713 Kindes sind das diskriminierungsfreie Aufwachsen, ausreichende Erholungs-, Bildungs- und

714 Freiräume sowie die ausgebaute Partizipation und Befähigung zu Eigenverantwortung
715 wesentliche Bausteine der Wirkungsweise des Landesprogramms.

716 Innerhalb der demokratischen Zivilgesellschaft kommt den Jugendverbänden eine
717 besondere Rolle zu. Jugendverbände sind Orte, welche jungen Menschen einerseits
718 geschützte und pädagogisch begleitete Orientierungsmöglichkeiten bieten und dabei
719 selbstorganisierte, erfahr- und gestaltbare Freiräume eröffnen. Demokratiebildung in
720 Jugendverbänden heißt demokratische Gestaltungsmöglichkeiten zu erlernen, direkt zu
721 erleben und aktiv zu praktizieren.

722 Jugendverbände, aber auch Jugendeinrichtungen und Jugendprojekte schaffen wesentliche
723 Voraussetzungen dafür, dass junge Menschen zu mündigen und aktiven Bürgerinnen und
724 Bürgern in dieser Gesellschaft werden. Damit sie flächendeckend als solche wirken können,
725 muss ihre eigenständige Arbeit gesellschaftlich anerkannt und staatlich befördert werden. In
726 Sachsen-Anhalt ist das Angebot der außerschulischen Jugendarbeit sehr breit gefächert. Es
727 umfasst niedrigschwellige Jugendtreffs, Sportvereine, Kulturangebote, religiös geprägte
728 Freizeiten, Freiwilligendienste, ehrenamtliches Engagement in der Jugendfeuerwehr,
729 Jugendinitiativen oder internationale Jugendbegegnungen.

730 In Maßnahmen der außerschulischen Jugendbildung diskutieren junge Menschen mit
731 Gleichaltrigen über Werte, setzen sich aktiv mit sich selbst und ihrer Lebenswelt
732 auseinander. Sie besuchen Gedenkstätten, diskutieren politische Themen oder politische
733 und soziologische Gesellschaftstheorien. Im Rahmen vielfältiger Aktionen, ehrenamtlicher
734 Engagementmöglichkeiten wie auch als Vertreterinnen und Vertreter in inner- und
735 außerverbandlichen Gremien erlernen und vollziehen junge Menschen den Übergang von
736 Partizipation zur Selbstorganisation. In Gruppen bzw. unter Anleitung erfahrener Fachkräfte
737 der außerschulischen Jugendbildung finden Jugendliche Möglichkeiten, sich gemeinsam mit
738 ihrer Lebenswelt auseinanderzusetzen, ihre eigenen Werte zu diskutieren und sich selbst
739 positionieren zu können.

740 Das Landesprogramm unterstützt daher Aktivitäten der Jugendverbände, des
741 Jugendengagements und der Jugendbildungsträger, welche rechtsextremistischen und
742 islamistischen Tendenzen entgegenwirken sowie die Selbstorganisation von Interessen
743 junger Menschen, die Auseinandersetzung mit Diskriminierung, die Befähigung zur
744 Selbstbestimmung, wie auch die politische Beteiligung stärken.

745 **6. Vielfalt in der Arbeits- und Unternehmenswelt**

746 Eine Arbeitskultur, die Vielfalt anerkennt und wertschätzt, ist Voraussetzung für
747 wirtschaftlichen Erfolg. Mit dem Landesprogramm bekennt sich Sachsen-Anhalt zu einer
748 diskriminierungsfreien Teilhabe und gleichberechtigten Zugangschancen zum Ausbildungs-
749 und Arbeitsmarkt. Arbeitsmarktpolitische und sozialpolitische Maßnahmen müssen gut
750 abgestimmt sein: Die Weltoffenheit der Gesellschaft ist die Grundlage für die Anerkennung
751 von Vielfalt in der Arbeits- und Unternehmenswelt. Zugleich ist eine an den Grundsätzen von
752 Diversity³ orientierte Arbeitswelt Voraussetzung und Motor für eine inklusive und
753 integrationsfähige Gesellschaft.

754 Die zunehmende Internationalisierung der Wirtschaftsbeziehungen und die verstärkte
755 Zuwanderung aus dem Ausland führen dazu, dass auch Unternehmen in Sachsen-Anhalt
756 zunehmend mit multikulturellen Belegschaften arbeiten, in denen die Beschäftigten durch
757 unterschiedliche soziale und kulturelle Hintergründe geprägt sind. Dies birgt sowohl
758 Konfliktpotential als auch Chancen. Eine kluge Personal- und Organisationsentwicklung kann
759 den Herausforderungen begegnen und diese für das Unternehmen nutzbar machen.

760 Durch diversityorientierte Maßnahmen im Rahmen einer strategischen Personal- und
761 Organisationsentwicklung erschließen Unternehmen die Potentiale ihrer verschiedenen
762 Mitarbeitergruppen effektiver und führen sie zum Wohle der Gesamtorganisation zusammen.
763 Voraussetzung hierfür ist, die Unterschiedlichkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu
764 reflektieren, jeweilige Stärken und Schwächen zu würdigen und somit eine Kultur der
765 Wertschätzung im betrieblichen Alltag zu schaffen.

766 Für die Förderung der personellen Vielfalt und die Schaffung eines diskriminierungsfreien
767 Arbeitsumfeldes sind Betriebs- und Personalräte entscheidende Partner. Sie bündeln die
768 Wünsche und Anliegen der verschiedenen Beschäftigungsgruppen und verfügen bereits
769 über Erfahrungen in Fragen der unternehmensinternen Demokratie. Ihr Wissen und ihre
770 Handlungsmöglichkeiten zu stärken, sind zentrale Voraussetzungen für eine Kultur der
771 Vielfalt.

772 Im Einzelnen zielt Diversity-Management auf:

- 773 • den Abbau von Klischees, Vorurteilen und Diskriminierungen,

³ Diversity meint ein Konzept, das auf der Anerkennung von Vielfalt basiert. Diversity umfasst insbesondere die Dimensionen Kultur, ethnische Herkunft, Alter, Geschlecht, sexuelle Orientierung, Behinderung und Religion/Weltanschauung.

- 774 • die höhere Wertschätzung von Unterschiedlichkeit,
- 775 • die Herstellung von Bedingungen, die es allen Mitarbeitenden ermöglichen, ihre
- 776 individuellen Potenziale, Talente und ihre Leistungsfähigkeit in einem von Offenheit
- 777 und Integration geprägten Klima voll zu entfalten sowie
- 778 • die gleichberechtigte und bedarfsorientierte Berücksichtigung aller
- 779 Beschäftigtengruppen und ihrer Interessen bei der Gestaltung von
- 780 Rahmenbedingungen der Arbeit und Beschäftigung.

781

782 Eine tolerante und interessenausgleichende Unternehmenskultur gegenüber Frauen und
783 Männern, Jungen und Alten, Einheimischen und Zugewanderten führt in der Folge zu einer
784 höheren Arbeitszufriedenheit der Beschäftigten und zu mehr Attraktivität eines
785 Unternehmens.

786 Doch ist Diversity-Management nicht nur eine inklusive Personalstrategie. Als grundlegender
787 Baustein der Unternehmens- und Arbeitsmarktintegration kann es wichtige Beiträge leisten,
788 die Fachkräftesituation in einem Unternehmen zu verbessern und neue Fachkräftepotentiale
789 zu erschließen. Damit zahlt es sich letztlich auch betriebswirtschaftlich aus. Hervorzuheben
790 sind insbesondere:

- 791 • Kostenreduzierung: Die Wertschätzung diverser Personengruppen steigert die
- 792 Motivation, erhöht damit die Produktivität, senkt die Fluktuation und minimiert somit
- 793 Kosten,
- 794 • Verbessertes Marketing: Eine vielfältig zusammengesetzte Arbeitnehmerschaft in
- 795 allen Hierarchieebenen kann sich eher auf ebenfalls vielfältige Kunden einstellen,
- 796 • Optimierung des Personalmarketing: Gezielte Beschäftigung mit Diversity wirkt sich
- 797 deutlich auf die Attraktivität von Arbeitgebern aus und ist eine Entscheidungshilfe für
- 798 Bewerberinnen und Bewerber. Dadurch wird eine höhere Ausschöpfung der
- 799 verfügbaren Arbeitsmarktpotenziale ermöglicht und damit die Demografiefestigkeit
- 800 verstärkt,
- 801 • Erhöhung der Flexibilität: Unternehmen mit einer vielfältigen Belegschaft können
- 802 flexibel auf interne und externe Einflüsse reagieren. Sie können besser mit
- 803 Unsicherheit umgehen und sind eher in der Lage, flexibel auf Veränderungen am
- 804 Markt zu reagieren,
- 805 • Kreativitätssteigerung: Ein erweitertes Wertespektrum und der Abbau von
- 806 Konformitätsschranken führen dazu, dass mehr neue Ideen eingebracht werden und
- 807 grundsätzlich ein starker positiver Einfluss auf die Kreativität und Innovationskraft
- 808 gegeben ist,

- 809 • Verbesserte Problemlösung: Gemischt zusammengesetzte Teams sind kreativer und
810 kommen zu tragfähigeren Problemlösungen. Die Wissens- und Erfahrungsbasis
811 vielfältiger Gruppen ist breiter und unterstützt dadurch die Umsetzung qualitativ
812 besserer Lösungsansätze.

813 Im Rahmen seiner Fachkräftesicherungsstrategie sowie zur gezielten Unterstützung von
814 kleinen und mittleren Unternehmen bei der Bewältigung des demografischen und des
815 wirtschaftlichen Strukturwandels unterstützt deshalb das Land Unternehmen bei der
816 Implementierung und Umsetzung einer strategischen Personal- und
817 Organisationsentwicklung. Zum einen werden kleine und mittlere Unternehmen durch das
818 Beraternetzwerk der Landesinitiative „Fachkraft im Fokus“ gezielt zu Strategien und
819 Maßnahmen der Personal- und Organisationsentwicklung und zu Diversity-Management
820 beraten. Zum anderen können kleine und mittlere Unternehmen im Rahmen des
821 Förderprogramms „Sachsen-Anhalt WEITERBILDUNG BETRIEB“ finanziell gefördert
822 werden, wenn sie Maßnahmen zur mitarbeiterorientierten Personalpolitik und zum Diversity-
823 Management in ihren Unternehmen umsetzen. Neben den kleinen und mittleren
824 Unternehmen entwickeln große Unternehmen, Verwaltungen, aber auch Organisationen der
825 Sozialwirtschaft Diversity-Strategien, um den Herausforderungen der Internationalisierung,
826 der Migration und der demografischen Veränderungen zu begegnen.

827 **7. Dialog, Qualitätssicherung und Vernetzung**

828 Ein wesentliches Ziel des Landesprogramms für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit ist es,
829 die Zusammenarbeit zwischen engagierten Bürgerinnen und Bürgern, zivilgesellschaftlichen
830 Initiativen und Organisationen, Wirtschaft, Politik und Verwaltungen im Sinne einer gelebten
831 demokratischen Kultur und aktiven Bürgergesellschaft weiter zu stärken.

832 Folgende Strukturen sollen die Vernetzung, den Dialog und die kontinuierliche
833 Weiterentwicklung des Landesprogramms unterstützen:

834 Die **Koordination** des Landesprogramms wird durch das Ministerium für Arbeit, Soziales
835 und Integration wahrgenommen. Dieses verantwortet die Entscheidung über Förderungen im
836 Landesprogramm, gestaltet die Vernetzung mit anderen Programmen auf Landes- und
837 Bundesebene sowie weiteren Akteuren im Bereich der Demokratieförderung, Prävention und
838 Intervention und übernimmt die Öffentlichkeitsarbeit.

839 Das Landesprogramm wird durch einen **Beirat** begleitet, in dem zivilgesellschaftliche
840 Vereine und Institutionen mitarbeiten. Den Vorsitz hat die Ministerin für Arbeit, Soziales und
841 Integration des Landes Sachsen-Anhalt. Die Mitglieder des Beirats beteiligen sich an der
842 Aufstellung des Programms und bringen ihre Expertise und Fachkompetenzen über
843 gemeinsame Beratungen und Fachveranstaltungen in die Umsetzung des
844 Landesprogramms ein. Zu den Aufgaben zählen die Erarbeitung fachlicher Empfehlungen zu
845 den Zielen und Schwerpunktsetzungen bei der Entwicklung einer landesweiten Strategie
846 gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Demokratiefeindlichkeit. Mit seiner
847 Tätigkeit soll der Beirat die Rückbindung des Landesprogramms in die Zivilgesellschaft
848 sowie den Dialog über Inhalte, Methoden, Förderbedingungen und Ziele des Programms
849 langfristig sicherstellen und zu Schwerpunkten der Förderung beraten.

850 Die Ressorts der Landesregierung koordinieren ihre Aufgaben zur Aufstellung und
851 Umsetzung des Programms durch den **Interministeriellen Arbeitskreis**. Dazu gehören z. B.
852 die Bestandserhebung bestehender Maßnahmen, die Identifizierung neu aufzunehmender
853 Handlungsbedarfe und die Begleitung der Qualitätsentwicklung sowie die Berichterstattung
854 für das Kabinett und den Landtag. Er setzt sich – unter Vorsitz der Staatssekretärin des
855 Ministeriums für Arbeit, Soziales und Integration – aus Vertretungen aller Ressorts
856 zusammen.

857 Das Landesprogramm lebt von der Vernetzung. In den Ressorts der Landesverwaltung und
858 in den verschiedenen Engagementbereichen werden vielfältige Maßnahmen, Projekte und
859 Initiativen zur Stärkung der Demokratie unterstützt und umgesetzt. Unter dem Dach des

860 Landesprogramms sollen diese noch besser abgestimmt und strategisch verknüpft werden.
861 Zur Transparenz stellen wir mit dem **Demokratieportal** eine regelmäßig aktualisierte
862 Homepage zur Verfügung. Gleichzeitig möchte das Landesprogramm mit gezielter
863 Förderung Leerstellen bearbeiten, auf neue Bedarfe und Herausforderungen reagieren und
864 Impulse setzen. Zur Umsetzung von Projekten und Maßnahmen im Rahmen des
865 Landesprogramms hat das Land eine eigene **Förderrichtlinie** erstellt. Die Förderung durch
866 das Landesprogramm ersetzt keinesfalls die Förderungen anderer Ressorts.

867 Das Landesprogramm ist ein lernendes Programm. Die methodischen Ansätze bedürfen vor
868 dem Hintergrund der sich verändernden gesellschaftlichen Herausforderungen und
869 Zugangsschwierigkeiten zu Zielgruppen einer kontinuierlichen Weiterentwicklung und
870 Ergebnissicherung. Das Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration finanziert deshalb
871 eine **wissenschaftliche Begleitung und Evaluation** des Landesprogramms für
872 Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit.

873

874 **Gemeinsam für ein weltoffenes Sachsen-Anhalt**

875 Sachsen-Anhalt ist ein weltoffenes Land mit einer vielfältigen Kultur und einer starken
876 Zivilgesellschaft. Die Unantastbarkeit der individuellen Menschenwürde, die
877 Gleichbehandlung aller Menschen und die freie Entfaltung der Persönlichkeit sind
878 Grundpfeiler unserer Gesellschaftsordnung.

879 Der aktiven Bürgergesellschaft mit ihren Initiativen, Vereinen und Verbänden kommt eine
880 besondere Bedeutung bei der Gestaltung einer demokratischen Kultur zu.
881 Zivilgesellschaftliche Akteure fördern und stärken das Engagement für Vielfalt und
882 Weltoffenheit vor Ort. Damit leisten sie einen zentralen und unverzichtbaren Beitrag für eine
883 lebendige Demokratie in Sachsen-Anhalt. Gemeinsam mit den vielen ehrenamtlichen
884 Engagierten genießen sie die Anerkennung, Wertschätzung und Unterstützung der
885 Landesregierung.

886 Landesregierung, Verwaltung und demokratische Parteien setzen sich im Rahmen des
887 Landesprogramms dafür ein, Rassismus, Diskriminierung und Intoleranz in ihren
888 Verantwortungsbereichen entschlossen und mit ganzer Kraft entgegenzutreten.

889 Gemeinsam engagieren sich alle Akteure des Landesprogramms für Demokratie und Vielfalt,
890 Weltoffenheit sowie für ein friedliches und respektvolles Zusammenleben! Mit dem
891 Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit laden wir alle Menschen in
892 Sachsen-Anhalt ein, sich für unser demokratisches Gemeinwesen zu engagieren.